

Protokoll der 10. Sitzung**Dienstag, 18. Juni 2024, 19.00 - 21.10 Uhr,
im Gemeindesaal**Vorsitz

Marc Jaisli, Präsident

Protokollführerin

Andrea von Känel Briner, Vize-Gemeindeschreiberin

Stimmzählerinnen

- Chrisoula Giata
- Claudia Lupoli

Präsenz

Es sind 30 Ratsmitglieder anwesend, das absolute Mehr liegt bei 16.

Entschuldigt sind Daniel Albrecht, Andreas Burgherr, Andreas Dober, Raphael Donati, Barbara Fäh, Ike Johnson, Thomas Meier, Gilbert Mühlemann, Dariyusch Pour Mohsen, Fabio Toma.

Traktandenliste

1. Systembau als Übergangslösung für Primarschule und Kindergarten Schulanlage Gysimatte. Kreditbegehren.
2. Aarauer- und Mitteldorfstrasse Buchs (IO, K210); Sanierung und Aufwertung Ortsdurchfahrt. Kreditbegehren.
3. Familien- und schulergänzende Kinderbetreuung; Umsetzung Kinderbetreuungsgesetz; Erlass des überarbeiteten Reglements inklusive Verordnung für die Ausrichtung von Beiträgen an die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung
4. Bericht zum Postulat von Denise Zeller Xenaki betreffend eine vertiefte Analyse der finanziellen Entwicklung der Gemeinde im Hinblick auf den Aufgaben- und Finanzplan 2025 - 2027 mit Einsetzung einer Begleitgruppe
5. Rechenschaftsbericht und Jahresrechnung 2023
6. Eingänge
7. Verschiedenes

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwendungen erhoben.

Einleitende Worte von Präsident Marc Jaisli

Herr Präsident Marc Jaisli: Erlaubt mir eine kurze Bemerkung, auch mit Bezug zur letzten Sitzung. Wenn ich so in die Ränge schaue, so macht es mir eigentlich Angst, wenn 10 Personen fehlen. Von einem wissen wir nichts, von einem anderen wissen wir, dass er allenfalls später kommt. Der Rest ist entweder krank, in den Ferien oder schaut Fussball. Ich habe etwas Mühe damit, wir sind gewählte Einwohnerräte, klar, es machen einige ein bisschen mehr, andere ein bisschen weniger, da muss man nicht heiliger tun als der Papst. Zum gleichen Thema muss ich auch noch erwähnen, am Samstag hatte die Kinderkrippe zu ihrem 20-jährigen Jubiläum einen tollen Event. Wir wurden alle schriftlich dazu eingeladen, wurden also persönlich angesprochen. 5 Personen waren anwesend, 3 aus meiner Fraktion und zwei andere. Und ja, da waren noch 4 bis 5 weitere Einwohnerräte da, die aber eher aus familiären Gründen erschienen sind oder weil sie selber oder ihre Partner im Vorstand sind. Insgesamt waren wir aus dem Einwohnerrat also ungefähr 10 Personen, finde ich schade. Obwohl das Thema Kinderkrippe überhaupt nicht in meinem Dossier steht, es war eine super Sache und ich finde es schade, wenn man dem keinen Respekt zollt. Diejenigen, die jetzt den Kopf schütteln und finden, dass der Jaisli frech sei, dem sei gesagt, der Jaisli sagt, was Sache ist und was ihm nicht passt. Ich lasse hier den Auszug aus dem Protokoll vom 5. Dezember 2023, Seite 29, austeilen. Da steht ganz genau, dass mich 30 der hier Anwesenden gewählt haben.

Systembau als Übergangslösung für Primarschule und Kindergarten Schulanlage Gysimatte. Kreditbegehren

(Botschaft des Gemeinderats vom 07. Mai 2024)

Das Eintreten ist nicht bestritten.

Herr Tobias Studiger, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Die Ausgangslage sieht folgendermassen aus: Die KSAB betreibt auf dem Gemeindegebiet von Buchs aktuell 28 Primarschulklassen und 10 Kindergartenabteilungen an diversen Standorten. Die machen jeweils alle paar Jahre Anfang Jahr eine Schulraumplanung, die letzte, die verfügbar ist, stammt aus dem Februar 2022. Diese zeigt ganz klar eine steigende Schülerzahl für alle Einzugsgebiete pro Stufe. Die zusätzlichen Kinder können wegen der vorgeschriebenen Maximalgrössen von 25 Schülerinnen und Schüler pro Klasse nicht auf die aktuellen Klassen verteilt werden. Wir sind also verpflichtet, Schulraum bereitzustellen. Als Folge aus dieser Schulraumplanung hat die Kreisschule bereits im Juli 2022 einen Kindergarten im Gebiet Risiacher bestellt. Dieser ist aktuell im Bau im Triesch und wird bis Grössenordnung Herbst 2024 fertiggestellt. Im Dezember 2022 hat man als nächstes eine Bestellung aufgegeben für 4 Primarschulabteilungen im Einzugsgebiet Gysimatte mit dem Wunsch, nach Möglichkeit 2 Kindergartenabteilungen anzusiedeln als Ersatz für die Standorte Altes Schulhaus und Brummelmatte, in denen ja in eigentlich unsäglichen Räumlichkeiten unterrichtet wird.

Es gibt in den Unterlagen, die wir bekommen haben, viele Argumente dafür und dagegen. Was uns bei diesem Geschäft erwartet, ist ein Container, wie er heute existiert in der Gysimatte, wo wir die bestehende Containeranlage sehen. Etwas Ähnliches ist vorgesehen, kommt aber natürlich auf den Anbieter an. Ihr seht im roten Bereich auf der Karte, das ist der Trockenbereich der Gysimatte, dass im Moment ein kleiner Teil beansprucht wird, dass es aber die Möglichkeit gibt, später weiter auszubauen. Je nachdem, wie die Sanierungssituation dann aussieht, könnte es weitere vorübergehende Container geben. Die Container sind für eine Mindestdauer von 6 Jahren vorgesehen und eine Maximaldauer von 15 Jahren, die wir wahrscheinlich nicht überschreiten werden. Was wir hier im nördlichen Bereich auch sehen heute ist eine Wiesen-/Rasenfläche. Die wird in Zukunft temporär als Pausenfläche genutzt, damit man dort spielen und sich aufhalten kann. Ich habe mir erlaubt, die Kostentabelle aus der Vorlage herauszukopieren, um sie euch 1 : 1 zu zeigen. Das Ganze basiert auf einem Richtpreisangebot von 5.35 Millionen Franken \pm 10 Prozent, dazu kommen diverse Posten, die zum Zwischentotal von 5.94 Millionen Franken führen und mit der Mehrwertsteuer und Kosten für Unvorhergesehenes/Reserve ergibt das einen Budgetposten von 6.95 Millionen Franken, über den wir heute Abend abstimmen. Natürlich gibt es noch Finanzfolgekosten, das Gebäude muss gepflegt werden, da braucht es Unterhalt, Personalkosten, Abschreibungen usw. Die bewegen sich hier bei Fr. 470'000.-- pro Jahr, was ungefähr 3 Steuerprozent ausmachen wird. Wichtig erscheint mir noch zu erwähnen, dass wenn wir hier ja sagen, kommt es vors Volk. Die Höhe des Verpflichtungskredits verpflichtet es uns, es auch noch dem Volk vorzulegen und zur Volksabstimmung zu bringen.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 8 Anwesenden), für den Systembau als Übergangslösung für 4 Primarschul- und 2 Kindergartenabteilungen mit allen nötigen Räumen inkl. aller erforderlichen baulichen Massnahmen und Anpassungen im Aussenbereich sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 6'950'000.-- inkl. MwSt. (Kostenstand April 2024, Kostengenauigkeit \pm 10%) zu Lasten der Investitions-

rechnung Konto Nr. 2170.5040.11 zu bewilligen. Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Teuerungen.

Diskussion

Herr Elias Fricker: Die Mitte Buchs unterstützt diesen Antrag des Gemeinderats sicher. Es liegt aus unserer Sicht auf der Hand, dass der vorliegende Schulraum nicht ausreichen wird, um in Zukunft die Schülerzahlen qualitativ hochwertig zu bewältigen. Erfahrungsgemäss brauchen Aus- und Neubauten von definitiven Infrastrukturen jedes Mal viel Zeit und es würde sowieso nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen. Entsprechend ist es aus unserer Sicht auch sehr wichtig, dass man die definitiven Projekte jetzt auch vorwärtstreibt und nicht noch weitere Provisorien baut. Sonst haben wir am Schluss nur noch Provisorien. Wir betrachten es aber auch als Tatsache, dass der Bedarf nach Schulraum auch bereits seit einigen Jahren absehbar war und es darum eigentlich auch als unzufriedenstellend, dass dies von den Behörden nicht schon vorher erkannt und entsprechend darauf reagiert worden ist. Jetzt haben wir die Vorlage vor uns und eigentlich aufgrund der Dringlichkeit und der Schüler, die kommen werden, uns keine andere Wahl bleibt, als dem zuzustimmen. Es bleibt sicher auch zu hoffen, dass wir auf dem Markt Unternehmen finden können, die diese Anlage bis im Mai 2025 schlüsselfertig realisieren können. Abschliessend ist uns sicher auch bewusst, dass das nicht nur ein Problem von Buchs ist, sondern sicher flächendeckend in den Gemeinden, aber trotzdem ein wichtiger Punkt.

Abstimmung

Dem Antrag wird einstimmig mit 30: 0 Stimmen zugestimmt.

Aarauer- und Mitteldorfstrasse Buchs (IO, K210); Sanierung und Aufwertung Ortsdurchfahrt. Kreditbegehren

(Botschaft des Gemeinderats vom 7. Mai 2024)

Das Eintreten ist nicht bestritten.

Herr Marius Fedeli, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Die Ausgangslage, der Handlungsbedarf: Wir haben die Kantonsstrasse K210, die sogenannte Aarauerstrasse, die nach Aarau mitten durch das Dorf führt. Seit 20 Jahren ist der Sanierungsbedarf klar und eigentlich ist diese bereits 2018 in Aussicht gestellt worden vom Kanton. Wie ihr alle wisst, ist der aktuelle Zustand unverändert. Die Sanierung ist aber in zahlreichen Planungsinstrumenten der Gemeinde bereits enthalten, im REK, im Kommunalen Gesamtplan Verkehr und auch in der Bau- und Nutzungsordnung, die jetzt genehmigt worden ist. Die Idee dahinter ist, dass man die Aufenthaltsqualität und die Verkehrssicherheit verbessert und damit auch die Ortsdurchfahrt aufwertet.

Für die, die sich gefragt haben, wo das genau ist, zeige ich euch das auf dem Plan. Es sind total 920 Meter. Ihr seht in der Mitte den Kreisel der ehemaligen WSB, heute AVA. Der ist ausgenommen, da er erst 2010, als man das Trasseer verlegt hat von der SBB auf die AVA, neu erstellt worden ist. Dann sind es die Strassen von Aarau her, wo jetzt gerade gebaut wird, bis zur Brücke an der Suhre.

Was soll verbessert werden? Da haben wir einerseits die Verkehrsberuhigung, dann haben wir in der Mitte die Begrünung, dann die Barrierefreiheit, die vorgeschrieben ist im Gleichstellungsgesetz BehiG, Buswartehallen sollen erneuert werden. Dann gibt es zusätzliche Bäume, dann haben wir die Fussgängerschutzinseln, ein Flüsterbelag, die die Strasse nach der Umsetzung deutlich ruhiger machen sollen. Einige kennen es, wenn man mal da gestanden ist an einer Liegenschaft, die an der Strasse liegt. Da ist es momentan relativ laut, wenn man das Fenster öffnet oder die Türe. Dann die Sicherheit, man sieht in der Präsentation die Personen, die aus einem Grundstück kommen, die sind nachher sicherer, es gibt Fussgängerüberfahrten, bisher jetzt haben wir einfach Durchfahrten. Dann haben wir dadurch effizientere Mobilität und einen Mehrzweckstreifen in der Mitte. Das kennt man beispielsweise aus Suhr, mitten im Dorf hat es schon einen solchen. Das ist das Projekt des Kantons, eine umfassende Neugestaltung an der Strasse ist nötig. Wie erwähnt ist es eine Kantonsstrasse, das heisst, der Kanton gibt uns den Ton an und die Gemeinde ist zur Zusammenarbeit verpflichtet und muss per Dekret einen Anteil von 35 % bezahlen, das ist im Strassengesetz so geregelt. Das Projekt ist grundsätzlich vom Kanton vorgegeben, die Gemeinde wird beratend beigezogen und hat sich beispielsweise für die Bäume und für die Aufwertung des Dorfkerns eingesetzt. Wenn man ein solches Projekt vorliegen hat, macht es natürlich auch Sinn, daran teilzunehmen, das macht die Gemeinde auch und will es weiter machen. Und zwar geht es darum, dass man die Infrastruktur, die unter der Strasse oder danebenliegt, im gleichen Zug mitsaniert oder erneuert und damit Synergien nutzt. Da haben wir einerseits eine Wasserleitung von 1912, die also über hundert Jahre alt ist. Wir haben ca. 845 m Leitung, die ersetzt werden müssen. Die anderen, die man schon erneuert hat, werden natürlich nicht wieder ersetzt. Dasselbe bei den Schmutzwasserleitungen, die sind zwar nicht ganz so alt, aber einige müssen neu gemacht werden, bei anderen kann man mit Robotern innen sanieren. Dann haben wir noch den Bereich der Öffentlichen Beleuchtung, da sind es 44 Kandelaber, die man ersetzen muss, bei denen wir gleichzeitig LED's einbauen, das ergibt ein bisschen weniger Stromverbrauch. Dann geht es noch um den Ersatz von Buswartehallen und Veloabstellanlagen. Die bestehenden Buswartehallen sind alt, sie sind abgenützt, teilweise auch baufällig. Es gibt teilweise auch neue Lagen, das heisst, man muss sie so oder so verschieben, es braucht neue Fundamente und eine neue Erschliessung. Das heisst: projektbedingte Anpassung ans Behindertengesetz BehiG. Wir haben die

Idee, ein einheitliches Erscheinungsbild zu haben im ganzen Busnetz in der Region, in Buchs und allen Nachbargemeinden. Alle sollten also die gleichen Buswartehallen haben, so wie es in Aarau schon entsprechende hat. Eine grössere Sache ist die Anpassung und Umgestaltung der Bushaltestelle Gysimatte, gleich neben dem Gemeindehaus. Neben der Bushaltestelle soll auch die Umgebung aufgewertet werden, was heisst, dass es neue Sitzgelegenheiten geben soll, es soll eine Hecke als Abgrenzung zum Parkplatz entstehen und der Sodbrunnen soll mehr ins Zentrum rücken.

Und dann haben wir noch Projekte von Dritten. Die Eniwa AG plant die Erneuerung des Elektrotrassees innerhalb des Projektperimeters und den Ausbau einer Fernwärmeleitung.

Dann kommen wir zur Kostenzusammenstellung: Wir haben einerseits vom Kanton her die Neugestaltung der Aarauer- und Mitteldorfstrasse, wozu wir einen dekretsmässigen Kostenanteil von 35 % zu bezahlen haben. Andererseits haben wir die kommunalen Teilprojekte, die wir umsetzen müssen, den Ersatz der Strassenbeleuchtung, die Umgestaltung der Bushaltestelle Gysistrasse mit Umschwung, den Ersatz der Buswartehallen und neue Velounterstände, den Ersatz von Wasserleitungen und die Erneuerung und Sanierung von Schmutzwasserleitungen. Das ist wie folgt aufgeteilt: Wir haben einerseits die 4.766 Millionen Franken Beitrag an den Kanton, wo es sein kann, dass wir vom Bund noch einen Agglomerationsbeitrag erhalten werden von knapp einer Million Franken. Dann haben wir die Strassen, der Regionalverkehr, die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind Eigenwirtschaftsbetrieb, ich komme später darauf zurück. Die wichtigsten Eckpunkte sind der Agglomerationsbeitrag des Bundes, von dem man davon ausgehen kann, dass es diesen Beitrag geben wird, wenn wir die Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund, Kanton und Buchs unterzeichnen bis 2027. Das wäre dann knapp eine Million Franken für die Gemeinde Buchs. Der Beitrag wird aber erst mit Abschluss der Arbeiten bezahlt, das heisst, das kann noch eine ganze Weile dauern. Die Kosten für das Wasser- und Abwassernetz sind, wie bereits erwähnt, Eigenwirtschaftsbetrieb. Das heisst, sie belasten die Steuern nicht, weil sie über Gebühren finanziert sind. Noch einmal zusammengefasst sind das steuerrelevante Kosten aus der Sanierung und Aufwertung der Ortsdurchfahrt Aarauer- und Mitteldorfstrasse, wo wir eben den dekretsmässigen Anteil von 35 % tragen. Dann haben wir die Strassenbeleuchtung und Umgestaltung der Bushaltestelle Gysistrasse und die Buswartehallen und Fahrradunterstände. Das sind steuerrelevante Kosten von Fr. 5'863'270.--, die durch den Agglomerationsbeitrag des Bundes um 1 Million Franken kleiner werden, 4.8 Millionen Franken. Dazu kommen noch die Eigenwirtschaftsbetriebe, die selbsttragend sind, gebührenfinanziert, das sind Kosten von Fr. 1'615'000.--. Die Gesamtkosten sind rund 7.4 Millionen Franken. Am Schluss gibt es natürlich noch Finanzfolgekosten, die jährlich aus dem Strassenbauprojekt entstehen für den baulichen Unterhalt, die Baumpflege, Abschreibungen und Zinsen für Darlehen, von Fr. 257'501.--. Zur Ausgabenkompetenz: Die Ausgaben von insgesamt 7.478 Millionen Franken unterstehen dem Beschluss durch den Einwohnerrat und der Zustimmung durch die Stimmberechtigten von Buchs.

Zum Terminprogramm: Wenn alles gut läuft, findet die Informationsveranstaltung im November 2024 statt und die Volksabstimmung ist auf den 24. November 2024 terminiert. Wenn das beides stattgefunden hat, liegt das Dossier beim Regierungsrat zur Genehmigung, dann folgt eine öffentliche Auflage, bei der man auch Einwendungen machen kann, wenn man noch etwas zu beanstanden hat. Darauf folgen dann Einwendungsverhandlungen und Landerwerbsverhandlungen. Damit wir den Agglomerationsbeitrag bekommen können, muss die Finanzierungsvereinbarung bis spätestens zum 31.12.2027 unterzeichnet werden. Die voraussichtliche Realisierung des Projektes, man sieht, es gibt verschiedene Punkte im Ablauf, die den Plan verschieben könnten, ist auf das 3. Quartal 2027 geplant, dauern wird es ungefähr 3 Jahre, fertig sollte es also ungefähr im 3. Quartal 2030 sein.

Wir haben in der FGPK einerseits über die Kosten für die Buswartehallen diskutiert. Wir haben diese Kosten verglichen mit den Kosten, über die wir in der letzten Sitzung diskutiert haben, ich habe es zusam-

mengestellt. Es war eine etwas andere Zusammenstellung, es ist sogar etwas günstiger, wenn man 6 Buswartehallen gleichzeitig bestellt. Das andere, worüber wir diskutiert haben, ist ein möglicher Kreisel bei der Einmündung Oberdorf vor der Brücke. Das ist bei diesem Projekt nicht möglich, es gab verschiedene Punkte, bei denen der Kanton erklärt hat, wieso. Das eine ist die Brücke B-128, die nicht Teil dieses Projektes ist und zu eng im Moment dafür, das andere sind die Sichtzonen von der Oberdorfstrasse und vom Kiesweg Richtung Suhre, die das wahrscheinlich auch nicht zulassen. Im Moment ist es aber kein Thema, da die Brücke eben im Moment auch nicht Teil des Projektes ist.

Zu den Konsequenzen bei einer Ablehnung: Die Sanierung durch den Kanton ist ohnehin nötig, es würde also teurer werden, wenn man es ablehnen würde. Ein separates Vorziehen einzelner Projektbestandteile, das heisst die Anpassung der Bushaltestellen gemäss Behindertengleichstellungsgesetz BehiG, oder auch die Werkleitungen muss man machen, das würde ein Flickwerk auf der Strasse geben. Die Agglomerationsbeiträge von rund 1 Million Franken würden wegfallen, wenn man die Vereinbarung zusammen mit dem Kanton nicht unterschreibt. Und auch die grosse Chance zur Aufwertung der Strassen inkl. Ortszentrum bliebe natürlich auch ungenutzt. Dann könnten die Potentiale, die wir mit der neuen BNO geschaffen haben, nicht ausgeschöpft werden und die Gemeinde Buchs wäre damit im Vergleich zur Region im Hintertreffen, von Aarau bis nach Suhr ist im Moment eine Aufwertung im Gange, im Suhrer Zentrum ist es bereits umgesetzt. Die Ausarbeitung eines neuen Sanierungsprojekts ohne Aufwertung durch den Kanton unter Kostenbeteiligung der Gemeinde würde kommen und es würde vermutlich einen Sanierungsstau in ca. 10 Jahren geben.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 7 : 0 (bei 1 Enthaltung), für die Neugestaltung Aarauer- und Mitteldorfstrasse, Ortsdurchfahrt K210, und die kommunalen Teilprojekte (Ersatz der öffentlichen Strassenbeleuchtung, Umgestaltung der Bushaltestelle Gysistrasse, Ersatz der Buswartehallen und Fahrradunterstände, Ersatz von Wasserleitungen und Erneuerung und Sanierung von Schmutzwasserleitungen), sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 7'478'270.-- inkl. Mehrwertsteuer (Kostenstand April 2024), zulasten der Investitionsrechnung mit folgender Aufteilung auf die entsprechenden Kosten zu bewilligen.

6130.5610.07	BGK K210 Aarauer- und Mitteldorfstrasse Neugestaltung Ortsdurchfahrt	Fr. 4'766'270.--*	(Beitrag nach Dekret brutto) * Davon Abzug Agglomerationsbeitrag des Bundes erst nach Schlussrechnung (voraussichtlicher Betrag Fr. 963'270.--)
6150.5010.32	Strasse	Fr. 593'000.--	(Strassenbeleuchtung und Umgestaltung der Bushaltestelle Gysistrasse)
6220.5010.32	Regionalverkehr	Fr. 504'000.--	(Regionalverkehr, Buswartehallen)
7101.5030.32	Wasserversorgung	Fr. 904'000.--	(Eigenwirtschaftsbetrieb)
7201.5030.32	Abwasserentsorgung	Fr. 711'000.--	(Eigenwirtschaftsbetrieb)
TOTAL	inkl. 8.1 % MwSt.	Fr. 7'478'270.--	VERPFLICHTUNGSKREDIT

Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Teuerungen.

Diskussion

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Ich spreche nicht zur Botschaft, das hat Marius bereits umfassend getan. Ich beantworte die Fragen von Sandra Meier-Jaisli als Vertretung für Reto Fischer.

Sie hat die Frage gestellt, in wie weit der Gemeinderat und die Verwaltung haben Stellung nehmen können bei der Gestaltung und ab wann die Mitsprache stattgefunden hat: Das ist ein relativ altes Projekt, das auf einem Betriebs- und Gestaltungskonzept (BGK) vom März 2011 basiert. Bereits im Vorfeld dieses BGK's hat die Gemeinde Ideen entwickelt, zusammen mit dem Büro SNZ. Schon da war der Mittelstreifen bereits ein Kernelement des Vorhabens. Wir haben also nicht nur mitreden können, sondern haben das Projekt zusammen mit dem Kanton entwickelt in einem intensiven Austausch. Einerseits hat dieser auf der Verwaltungsebene stattgefunden, andererseits hat auch der Gesamtgemeinderat immer wieder Zwischenentscheide getroffen und vorgegeben, wie weitergefahren werden soll. Also waren wir völlig integriert in dieses Projekt. Ein Wehrmutstropfen ist, dass es sehr lange gedauert hat. Er gab seitens des Kantons mehrere Wechsel in der Projektleitung. Das führte dazu, dass das Projekt erst jetzt fertig ist und natürlich zur finanziell unpassendsten Zeit vorliegt.

Zur Frage 2, von wem die Idee mit dem breiten Mittelstreifen gekommen sei und ob wir uns als Gemeinde nicht dagegen wehren könnten. Und warum der Mittelstreifen bepflanzt sei und ob wir diese Bepflanzung überhaupt möchten: Ich habe bereits erwähnt, woher diese Idee kam, die kam ursprünglich von der Gemeinde. Und mittlerweile, im Lauf dieser 13 Jahre, hat sich die Frage dieses Mittelstreifens, des Mehrzweckstreifens, beim Kanton so weit entwickelt, dass es heute kein Prototyp mehr ist, wie es damals war. Heute ist es ein erprobtes Gestaltungsmittel. In Suhr kann man das gut erleben hat auch Praxiserfahrungen sammeln können, wie das funktioniert. Ich habe kürzlich im Gespräch mit Stephan Attiger erfahren, dass es für den Kanton wichtig ist, dass die Gestaltungselemente Wiedererkennungswert haben und dass diese im ganzen Kanton Aargau genauso auch wieder erlebt werden können und darum ist das mittlerweile auch ein erprobtes Instrument. Der Mittelstreifen wird nicht bepflanzt. Auf Seite 6 der Botschaft seht ihr die Visualisierung der Aarauerstrasse Richtung Aarau, da seht ihr auch, wie der Mehrzweckstreifen aussieht, es ist einfach nur ein aufgemalter farbiger Streifen. Und auf Seite 7, das ist möglicherweise das, was Sandra Meier-Jaisli anspricht, seht ihr die Situation vor der Bushaltestelle Brauerei. Da ist im Moment ein bepflanzter Mittelteil eingezeichnet. Das ist natürlich kein Mehrzweckstreifen mehr, das ist ein Trennstreifen zwischen diesen beiden Verkehrssituationen. Wenn ihr schaut, was da alles passiert mit den Bushaltestellen, mit der Einmündung in den Kreisell, wo die WSB durchfährt. Da kann es natürlich nicht sein, dass man weiteren, zusätzlichen Verkehr auf dem Mehrzweckstreifen hat. Darum ist das also kein Mehrzweckstreifen, sondern ein Trennelement, das hier mit einer nicht versiegelten Fläche ausgestaltet ist. Man könnte da auch eine Autobahnleitplanke machen, aber das wäre gestalterisch wahrscheinlich nicht erwünscht und würde auch der hitzeangepassten Siedlungsgestaltung widersprechen.

Dann komme ich zur letzten Frage: Von wem kam die Idee Verschiebung von Bushaltestellen sowie der Fahrbahnhalte und können wir uns dagegen nicht wehren? Es ist so, dass die Fahrbahnhalte dazu dienen, dass der Bus in stark befahrenen Verkehrssituationen, wie wir sie hier eben haben, Pulkführer ist und nicht überholt werden kann. Die Fahrbahnhalte würde man nicht machen, wo Busbuchten sinnvoll sind, wo der Verkehr vorbeifahren kann. Aber hier ist das einfach nicht möglich, wenn man weiter Richtung Aarau fährt, wird es immer prekärer. Das ist einer der Gründe, warum der Kanton einvernehmlich mit der Gemeinde diese vorsieht. Eine separate Busspur ist aufgrund der Platzverhältnisse eben da nicht möglich. Die bestehende Busbucht wird aufgehoben, wird verschoben, 75 Meter Richtung Kreisell Mitteldorf. Das führt dazu, dass die Distanz zur WSB verkürzt werden kann und im Übrigen einem Anliegen der Bevölkerung entspricht, das vielfach an uns herangetragen worden ist. Und beim Postweg kann eine zusätzliche Fussgängerquerung über eine Mittelinsel angeboten werden. Die beiden Massnahmen erfüllen die Bedingungen zum Erhalt der in Aussicht gestellten Bundesbeiträge aus dem Agglomerationsprogramm.

Herr Samuel Hasler: Ich habe zwei Anliegen, zuerst einmal eine Frage betreffend das vorliegende Geschäft und das vorherige Geschäftes Systembau als Übergangslösung für Primarschule und Kindergarten Schulanlage Gysimatte: Wir haben gesehen, dass beide Geschäfte bereits im Aufgaben- und Finanzplan bereits hinterlegt sind. Wir sehen aber auch, dass beide Geschäfte eine deutliche Differenz aufweisen, beide Geschäfte sind teurer ausgefallen, als im Aufgaben- und Finanzplan vorbudgetiert, im Durchschnitt um 40 %. Meine Frage: Ist der Aufgaben- und Finanzplan noch realistisch oder hat es dadurch bereits massive Änderungen ergeben? Muss man mit weiteren Differenzen rechnen? Wenn man das hochrechnet in den nächsten zehn Jahren, dann ergibt das bei 40 % Differenz im Durchschnitt 27 Millionen Franken mehr Ausgaben, sprich mehr Schulden. Da ist meine Frage, wie müssen wir das in Zukunft anschauen? Und natürlich, wenn wir mehr Schulden haben, mehr Investitionsausgaben, ist die Steuerfussenkung per 2032 auf 112 % noch realistisch oder kann man jetzt schon sagen, dass man das wird anpassen müssen?

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Wir haben im Investitionsplan solche Investitionen mit 60 % gerechnet und diese auch so eingesetzt. Von dem her ist das ein Wert, mit dem wir gerechnet haben und wovon wir ausgehen, dass er langfristig aufgeht.

Rückweisungsantrag Samuel Hasler

Herr Samuel Hasler: Danke für die Ausführung. Dann kommen wir zum zweiten Anliegen. Im Namen der SVP stelle ich den **Rückweisungsantrag**: Der Verpflichtungskredit "Aarauer- und Mitteldorfstrasse Buchs (IO, K210); Sanierung und Aufwertung Ortsdurchfahrt. Kreditbegehren." sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit dem Auftrag, zusammen mit dem Kanton, eine Redimensionierung des Gesamtprojekts zu realisieren.

Begründung dazu: Wie wir am 3. März 2024 gesehen haben, hat unsere Stimmbevölkerung das Budget 2024 mit der Steuerfusserhöhung mit fast $\frac{3}{4}$ aller Stimmen ganz klar abgelehnt. Wir sind vor allem der Meinung, dass der Einwohnerrat nicht anfangen kann, derart teure und auch unnötige überteuerte Projekte einfach durchzuwinken. Das Projekt kann unserer Meinung nach ohne Nachteil deutlich kostengünstiger umgesetzt werden. So kann man einerseits auf eine Mittelspur verzichten, was die Auswirkung hat, dass man weniger Land erwerben muss. Man kann auf die Bepflanzungen verzichten, die massiv Kosten verursachen, und auch auf die sehr teuren Bushaltestellen und Verzicht auf die Bushaldebuchten. Nachdem das Projekt insgesamt für uns nicht tragbar ist, nicht nur aus finanzieller Sicht, sondern auch aus verkehrstechnischer Sicht zu massiven Problemen führt. Einerseits steht der Abbau von bestehenden Parkplätzen im krassen Widerspruch zur Zielsetzung, sprich eine "attraktive Einkaufsstrasse". Für mich hat eine attraktive Einkaufsstrasse auch Parkplatzangebote. Des Weiteren bestand auch das Ziel, ich zitiere, "die Mobilität in Buchs effizient zu gestalten". Durch den Abbau der Busbuchten glaube ich nicht, dass es effizienter wird. Es wird auch ganz klar zu Verkehrsstörungen führen auf der Kreuzung Mitteldorf- und Gysistrasse. Dort soll der Bus stehen und das wird auch ganz klar zu Rückstau führen, wie man das jetzt schon in der Bahnhofsstrasse in Aarau sehen kann. Es ist nicht das erste Mal, dass es in den Botschaften Widersprüche gibt, die doch fragwürdig sind. So heisst es auf Seite 4 "Der bauliche Zustand der Aarauerstrasse ist als "mittel" und derjenige der Mitteldorfstrasse als "ausreichend" klassifiziert (Beurteilung des Kantons 2021). Wir schauen neun Seiten weiter, auf Seite 13 heisst es dann aber "Der Zustand der Strasse ist bereits aktuell unzureichend". Kurz und bündig, wir sind der Meinung, dass man das Projekt günstiger machen kann. Man kann es problemlos auch innerhalb der Fristen realisieren und dass es dann auch für die Bevölkerung ein Mehrwert ist. Dementsprechend bitten wir den Gemeinderat, dass er das zusammen mit dem Kanton noch einmal anschaut und redimensioniert und hoffen, dass der Einwohnerrat diesen Antrag unterstützt.

Herr Marius Fedeli: Das Geschäft ist ja seit längerem ausgearbeitet worden und wie wir vorhin gehört haben, würden wir da netterweise vom Bund eine Million Franken geschenkt bekommen. Das ist eine super Ausgangslage für eine Gemeinde wie Buchs in unserer finanziellen Verfassung. Wenn wir das Geschäft jetzt zurückweisen, sehe ich schwarz, dass wir im 2027 etwas unterzeichnet haben werden. Und dann vergeben wir eine Million Franken. Ich habe es extra noch einmal erwähnt, ich empfehle der SVP, das noch einmal zu überdenken. Denkt daran, es wird eine Auflage von diesem Strassenbauprojekt geben. Da kann jeder und jede sagen, was sie daran stört und was man anders machen kann. Dann muss der Kanton und je nachdem auch der Gemeinderat dazu Stellung nehmen und je nachdem gibt es dann noch eine Projektanpassung. Aber ich finde es schade, wenn wir uns etwas verschenken würden, das wir jetzt machen könnten und noch einen netten Bonus vom Bund bekommen würden, weil günstiger wird es nicht werden. Wie gesagt, ihr alle habt die Möglichkeit, eine Einwendung zu machen, bei der Auflage mitzuwirken und ihre Ahnungen einzubringen. Ich schlage euch vor, diesen Antrag abzulehnen.

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Das Projekt ist wirklich ein langjährig erarbeitetes Projekt. Wenn wir die Agglomerationsprogramm-Beiträge bekommen, geht es insgesamt um 2.7 Million Franken. Der Rest bekommt der Kanton und wir eben den dekretsmässigen Anteil von einer Million Franken. Wenn der Kanton die Beiträge nicht geltend machen kann, wird es bei uns also auch teuer. Man kann dieses Projekt schon kostengünstiger machen, man könnte einfach einen Fahrbahnersatz machen und die Werkleitungen, die darunterliegen, dann wäre die nächsten 30 Jahre wieder alles gut. Dann gehe ich aber davon aus, dass es die Agglomerationsprogramm-Beiträge nicht geben wird, weil das Projekt den Anforderungen dann nicht entsprechen würde. Das Projekt kann ja nicht nur hier, sondern auch an der Volksabstimmung scheitern, das ist ja völlig offen. Wenn das Projekt nicht zustande kommt so, wird der Kanton Teilmassnahmen umsetzen müssen davon. Wir haben heute dann noch eine Anfrage von Marius zur Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes, das hat einen Zusammenhang, Haltestellen müssen umgebaut werden. Dann müssen wir uns überlegen, was machen wir jetzt mit den Werkleitungen? Also wenn der Kredit, das Projekt abgelehnt wird, wird es relativ schwierig, man kann nicht einfach schnell ein neues Projekt machen und man kann sich in der heutigen Zeit nicht mehr leisten, nur einen Fahrbahnersatz zu machen. Zum Beispiel kann man die ganze Hitzesituation, in der wir stecken, nicht vernachlässigen, es braucht Bäume da, sonst wird die Qualität nicht erfüllt. Und Zielsetzung für uns ist nicht einfach ein billiges Projekt zu realisieren, bei dem nur ein neuer Teerbelag aufgebracht wird. Wir wünschen uns Aufenthaltsqualität, weil für die, die heute da durchgehen und etwas zu tun haben, ist es eher unangenehm und wir möchten diese Situation verbessern. Darum bitte ich euch, diesem Rückweisungsantrag nicht stattzugeben.

Herr Dieter Stüssi: Es wird immer wieder erwähnt, das Projekt sei schon alt, wir seien schon lange damit zugange. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir einmal eingeladen worden sind, den Zwischenstand zu begutachten. Sodass wir vielleicht einmal den Stand der Dinge und woran der Gemeinderat gerade arbeitet erfahren, das ist das Eine. Im Weiteren ist es typisch, dass dieses Projekt schon alt ist, weil nämlich dazumal die Finanzlage ganz anders war. Heute haben wir eine absolut andere Finanzlage, unsere Steuerzahler sind gefordert, müssen schauen, wie sie die Steuern zusammenkratzen können. Die einen können diese vielleicht ausschütten, aber nicht alle, viele können das nicht. Und ich bin einfach der Auffassung, so eine Strasse zu machen, wäre schön, wenn man das Geld hätte, aber wir haben es nicht. Und Geld ausgeben, damit wir eine Subvention erhalten, ja, wir geben aber sehr viel Geld aus, damit wir den Batzen erhalten, dass der Bund vielleicht damit auch spart. Letzten Ende ist das aber auch unser Geld, auch das, was der Kanton bezahlt, auch das ist unser Geld. Ich bin einfach der Meinung, dass früher, als wir das Geld hatten, hätte man das machen können. Aber heute ist das einfach Wahnwitz auf Deutsch gesagt. Und dass man da eine attraktive Einkaufsstrasse kreieren könnte, ich erinnere einfach ans Aeschbach-Quartier, da hatte man auch solche Träume. Mir sagte mal ein Gemeinderat, ich hätte schlecht geschlafen und würde phantasieren. Aber jetzt phantasieren andere, nicht ich. Weil das sind einfach Wunschträume mit der Einkaufsstrasse, das wird nie kommen, das zeigt das Aeschbach-Quartier

ganz klar. Wir sind gefordert, verantwortungsvoll jetzt zu sparen und nur das zu machen, was absolut notwendig ist. Die Strasse ist schmal, sie ist tauglich und wenn wir sie nämlich breiter machen, sehe ich schon die Ersten Kübel fordern, damit wir sie wieder schmal machen.

Abstimmung Rückweisungsantrag:

Der Rückweisungsantrag wird mit 6 : 24 Stimmen abgelehnt.

Abstimmung

Dem Antrag wird mit 23 : 6 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zugestimmt.

Familien- und schulergänzende Kinderbetreuung; Umsetzung Kinderbetreuungsgesetz; Erlass des überarbeiteten Reglements inklusive Verordnung für die Ausrichtung von Beiträgen an die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung

(Botschaft des Gemeinderats vom 23. April 2024)

Das Eintreten ist nicht bestritten.

Frau Sandra Meier-Jaisli, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Wir haben folgende Ausgangslage: Der Einwohnerrat hat am 15.05.2018 im Rahmen der gesetzlichen familienergänzenden Kinderbetreuung KiBeG das Reglement über die Ausrichtung der Beiträge an familien- und schulergänzende Kinderbetreuung per 01.08.2018 genehmigt. Im Rahmen der Rahmengestaltung hat sich der Gemeinderat damals auf den gesetzlichen Auftrag KiBeG fokussiert. Seit August 2004 bietet der Verein Kindernetzwerk in Buchs in den Liegenschaften der Gemeinde Buchs verschiedene Angebote an, die Nachfrage ist sehr hoch. Die Gemeinde Buchs hat von Beginn an die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert. In den vergangenen Jahren hat sich abgezeichnet, dass die damals von Seiten Gemeinde zur Verfügung gestellten Gelder nicht mehr ausreichend sind. Die Analyse hat gezeigt, dass die Mehrheit der Gemeindebeiträge an Personen mit Bezug zu den Sozialen Diensten ausgerichtet werden. Die Gemeindebeiträge erfüllen damit eigentlich eher einem Integrationscharakter als dem eigentlichen Grundgedanken von Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In den letzten Jahren sind die Ausgaben immer weiter gestiegen, wir hatten zwar im 2023 eine kleine Reduktion, aber es gab doch immer über Fr. 100'000.-- Mehrausgaben.

Die Zukunft: Zusätzlich zum Reglement wird neu eine Verordnung erstellt. Mit einem steuerbaren Einkommen von rund Fr. 35'000.-- mit Bezug zu den Sozialen Diensten bekommt man neu einen Gemeindebeitrag von 40 %, die restlichen Kosten laufen über die Sozialhilfe. Mit einem steuerbaren Einkommen von rund Fr. 35'000.-- ohne Bezug zu den Sozialen Diensten erhält man im Sinne einer Härtefallregelung wie bisher 70 %, ist im Art. 9 des Reglements geregelt. Von Fr. 35'001.-- bis Fr. 55'000.-- gibt es neu 70 %. Von Fr. 55'001.-- bis Fr. 70'000.-- wird der Gemeindebeitrag linear um 5 % pro Fr. 5'000.-- reduziert, von Fr. 70'001.-- bis Fr. 85'000.-- linear um 18.3 % pro Fr. 5'000.--. Ab Fr. 85'000.-- steuerbares Einkommen gibt es wie bisher keine Gemeindebeiträge. In der Präsentation seht ihr das Gemeindebeitragsmodell. Ihr seht, dass die Linie vorher sinkend war, geht jetzt aber langsamer und flacher runter.

Finanzielle Auswirkungen: Im Konto 5451.3636.00 (Beiträge KiBeG) ist mit jährlichen Kosten von Fr. 268'000.-- zu rechnen. Die Restkosten der bisherigen Fälle mit Bezug zu den Sozialen Diensten werden über die Sozialhilfe finanziert.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 8 Anwesenden), das Reglement über die Ausrichtung von Beiträgen an die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung sei zu genehmigen. Das Postulat von Lambrinoudakis Tatjana, SP, "Kinderbetreuung – weiterhin ein Trumpf von Buchs" wird von der Kontrolle abgeschrieben.

Diskussion

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Die Linien im Gemeindebeitragsmodell zeigen die Kernüberlegung, die dahintersteckt. Zwischen den beiden Linien, die das alte und das neue Reglement aufzeigen, gibt es zwei Überschneidungen und damit zwei Flächen. Einerseits das kleinere Dreieck bei einem Einkommen von Fr. 35'000.--. Die Summe die in diesem Bereich eingesetzt wird ist etwa gleich gross wie bei der zweiten Fläche, der Schnittmenge ab Fr. 40'000.-- Einkommen. Der Betrag insgesamt verkleinert sich zu vorher nicht, wir setzen ihn einfach anders ein. Die Differenz bei einem steuerbaren Einkommen von Fr. 35'000.-- finanzieren wir über die Sozialhilfe. Diese Personen bekommen also nicht weniger als vorher, sondern das wird durch die Sozialhilfe abgedeckt. Und durch die andere Differenz zwischen den Linien vorher und heute zeigt, dass wir 75 % der Kinder in Buchs erreichen. Das ist eine Zahl, die wir vorher lange nicht erreicht haben. Wir gehen davon aus, dass es im neu erreichten Bereich viele Familien gibt, bei denen ein Teil in der Ausbildung ist oder andere Gründe vorliegen, dass sie beide nicht genug verdienen. Sie brauchen aber diese Strukturen, damit beide arbeiten gehen können. Das Ziel ist dort auch, dass sich deren steuerbares Einkommen dann vergrössert. Wir helfen diesen Familien also in den Situationen, in denen sie es brauchen und hoffen, dass die Gemeinde dann mittels höheren Steuereinnahmen mittel- oder langfristig etwas zurückbekommt. Das ist grundsätzlich die Überlegung. Wir erreichen mehr Familien, die in diesem Bereich sind und würden damit das Postulat auch erfüllen, obwohl wir den Betrag, wie im Postulat gefordert, nicht so massiv erhöhen. Das Geld wird dann einfach effektiver eingesetzt, so wie es neu gedacht ist. Wir haben Analysen gemacht von den Einkommen, wo hat es kinderreiche Familien und in welchem Einkommensbereich sind die und sind am Schluss dann auf diese Überlegungen gekommen. Die haben wir auch mit dem Kanton geteilt, der Kanton ist übrigens sehr stark interessiert an den ersten Ergebnissen nach der Umsetzung. Es hat noch andere Gemeinden mit ähnlichen Thematiken bei den KiBeG-Umsetzungen.

Frau Andrea Suter: Wir sind auch der Meinung, dass es diese Anpassung braucht, damit Buchs bei jungen Familien mit durchschnittlichen Einkommen interessant bleibt. Wenn der Mittelstand aufgrund kostenintensiver Kinderbetreuung nicht mehr berufstätig ist, gehen diese Steuergelder verloren. Und wir lesen immer wieder über Fachkräftemangel in diversen Branchen. Aber wieso soll beispielsweise eine Pflegefachperson arbeiten gehen, wenn ein grosser Teil des verdienten Geldes für die Kinderbetreuung aufgewendet werden muss. Wenn sie aber einen Zustupf von der Gemeinde erhält, denken wir, wird sie eher bereit sein, ausser Haus zu arbeiten und das kommt wiederum der ganzen Bevölkerung zugute. Aktuell wird ja in Buchs ein grosser Beitrag zur Integration von Kindern aus Familien mit Bezug zum Sozialamt geleistet. Weil ich durch meinen Beruf als schulische Heilpädagogin Einblick in diverse Buchser Familien habe, kann ich sagen, dass ich den Beitrag zur Chancengleichheit sehr wichtig finde. Eine wesentliche Bedingung für eine erfolgreiche Integration von Kindern aus benachteiligten Familien ist aber auch eine gute Durchmischung der Kinder. Darum sehe ich als entscheidend, dass viele Familien mit durchschnittlichen Einkommen ihre Kinder fremdbetreuen lassen. Mit der Revision dieses Reglements wird genau das ermöglicht. Die familienergänzende Kinderbetreuung wird bezahlbarer gestaltet und so lohnt es sich eher, arbeiten zu gehen.

Frau Heike Suter: Wir von der Fraktion SP und Grüne danken dem Gemeinderat für die Beantwortung des Postulats von Tatjana Lambrinoudakis, das sie im 2021 eingereicht hat. Im Postulat wird gefordert, dass man prüft, ob die Beiträge angepasst werden können, auch ans Niveau der umliegenden Gemeinden. Der Vorschlag war, dass man bei 90 % beginnt mit der Unterstützung und bis Fr. 90'000.-- steuerbares Einkommen geht. Leider ist nichts davon erfüllt worden, man hat sich für eine andere Variante entschieden. Das ist ein bisschen enttäuschend. Die Erarbeitung des vorliegenden Dokuments ist aber sorgfältig vorgenommen worden. Die Berücksichtigung der finanziellen Lage, in der wir uns befinden, können wir natürlich nachvollziehen. Doch ist das wirklich nachhaltig? Uns liegt am Herzen, dass wir hier festhalten, dass das nur ein Zwischenschritt ist. Kürzlich, Anfang Juni, ist der Bericht vom Kanton Aargau, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Situation der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung im Kan-

ton Aargau, veröffentlicht worden. Und der zeigt es deutlich: Ein mittleres steuerbares Haushaltseinkommen, das im 50 % Perzentil ist, liegt im Kanton Aargau bei Fr. 81'500.--. Für die Familien, die familienergänzende Kinderbetreuung beanspruchen, weil beide Eltern zum Familieneinkommen beitragen, ist es so, dass sie im mittleren Einkommen eine sehr grosse Belastung haben, weil sie ja wahrscheinlich gar nichts mehr bekommen, weil sie ganz schnell bei über Fr. 85'000.-- steuerbarem Haushaltseinkommen sind. Ab einem Verdienst von über Fr. 85'000.-- entfallen die Subventionen und auch die Krankenkassenprämienvergünstigung ist in etwa ab da nicht mehr verfügbar. Das ist also viel Geld, das die Familie selber tragen muss. Schnell müssen für die familienergänzende Kinderbetreuung etwa 15 - 20 % des Haushaltseinkommens eingesetzt werden. Das lohnt sich dann für viele Familien mit mittlerem Einkommen nicht mehr. Fazit ist für mich, wenn wir das Steuersubstrat der Gemeinde Buchs über die Gemeindebeiträge der familien- und schulergänzende Kinderbetreuung fördern wollen, ist die vorgeschlagene Kurve nicht so geeignet, weil es die oberen Einkommen nicht erreicht, die uns steuermässig etwas bringen. Wir begrüssen sehr, dass in der Postulatbeantwortung die Unterscheidung zwischen den primären Gemeindebeiträgen und den sozialindizierten Fällen aufgezeigt worden ist. Das ist sehr wichtig, dass man das macht, diese Unterscheidung. Die neue Regelung macht Sinn und wird dazu beitragen, dass die Beiträge wirklich, wie Toni gesagt hat, für Personen, die arbeiten vor allem, eingesetzt werden. Wir werden der Vorlage zustimmen, erwarten aber, dass die Regelung in Zukunft noch einmal überarbeitet wird, spätestens dann, wenn die modularen Tagesstrukturen in Buchs durch die Kreisschule Aarau-Buchs übernommen werden, ungefähr 2028. Und dass es dann auch der Teuerung angepasst wird und dass dann auch, sofern wir dann die Möglichkeit haben, die höheren Einkommen im mittleren Haushaltseinkommen profitieren können.

Frau Heidi Niedermann: Im Namen der Mitte-Fraktion unterstütze ich den Antrag des Gemeinderates mit Überzeugung, das überarbeitete Reglement für die Ausrichtung von Beiträgen an die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung inkl. der Verordnung dazu zu genehmigen. Als Gründungsmitglied des Vereins Kindernetzwerk Buchs, das seit Jahr 2004 die Villa Blau an der Oberdorfstrasse betreibt, weiss ich, wie wichtig eine familien- und schulergänzende Kinderbetreuung ist, die einerseits der Vereinbarkeit von Familien und Beruf dient, andererseits aber auch eine sehr wichtige Rolle in der Förderung der Integration und Chancengleichheit von Kindern spielt. Ich bin sehr froh, dass wir in Buchs mit der Villa Blau über eine sehr gute und über all die Jahre erfolgreich geführte Institution verfügen. Der beste Beweis ist der letzte Samstag zum 20-jährigen Jubiläum mitzuerleben, welcher Leuchtturm die Villa Blau und das Kindernetzwerkbuch in Buchs darstellt. Und ich finde, dass diese Leuchttürme im Moment wahnsinnig not tun. Ich bitte euch daher, dieses Reglement zu genehmigen.

Abstimmung

Dem Antrag wird mit 25 : 3 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) zugestimmt.

Bericht zum Postulat von Denise Zeller Xenaki betreffend eine vertiefte Analyse der finanziellen Entwicklung der Gemeinde im Hinblick auf den Aufgaben- und Finanzplan 2025 – 2027 mit Einsetzen einer Begleitgruppe

(Botschaft des Gemeinderats vom 21. Mai 2024)

Herr Reto Bianchi, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Der Gemeinderat wurde mit diesem Postulat beauftragt, eine vertiefte Analyse der finanziellen Situation und Perspektive der Gemeinde vorzunehmen. Namentlich musste die Investitionsplanung auf Verzichts- und Reduktionsmöglichkeiten überprüft werden. Ausserdem sollten verschiedene Handlungsmöglichkeiten und Strategien für eine längerfristige Entwicklung von Buchs aufgezeigt werden. Dazu sollte vom Gemeinderat eine Begleitgruppe mit Vertretung der Parteien und Fraktionen eingesetzt werden. Zudem sollte eine externe Finanzberatung aus dem Bereich öffentliche Finanzen beigezogen werden, so der Postulatstext.

Die Begründung des Gemeinderats: Der Gemeinderat ist sich seiner grossen finanziellen Verantwortung bewusst. Aus diesem Grund haben sie sich auch länger überlegt, ob eine externe Fachperson auf Ebene Gemeinderat zwecks Beurteilung der finanziellen Ausgangslage beigezogen werden soll. Nach reiflichen Überlegungen und unter Abwägung der Kosten und vom Nutzen kam der Gemeinderat zum Schluss, dass der Beizug einer externen Fachperson zu wenig Nutzen führen wird. Zumal die Verwaltung über mehrere Fachpersonen verfügt. Alle diejenigen, die an den öffentlichen Anlässen anwesend waren, konnten die Fachlichkeit von Denise und unserem Finanzverwalter feststellen, die klar aufgezeigt haben, wie es mit unseren Finanzen steht. Wir konnten in Erfahrung bringen, dass wir Fachpersonen unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde Buchs haben. Der Gemeinderat weist auch noch darauf hin, das ist vielleicht der Punkt, der uns in der FGPK interessiert, dass nämlich gemäss § 42 des Geschäftsreglements des Einwohnerrats der Einwohnerrat die FGPK mit den vorgenannten Arbeiten beauftragt. Der Beizug einer externen Fachbegleitung zwecks Unterstützung der Kommissionsarbeit ist nicht vorgesehen. "Sofern die einwohnerrätliche Kommission die entsprechende Unterstützung benötigt, ist dies von diesem Gremium im Rahmen des ordentlichen Budgetprozesses zu beantragen". Die FGPK kann quasi zuhänden des Budget Unterstützung einfordern. Der Einwohnerrat entscheidet im Anschluss daran über das Budget.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 8 Anwesenden), vom Bericht des Gemeinderats sei Kenntnis zu nehmen. Das Postulat von Denise Zeller Xenaki wird von der Kontrolle abgeschrieben.

Diskussion

Frau Christine Knüsel: Im Namen der Mitte-Fraktion nehme ich Stellung zum vorliegenden Bericht. Im Postulat steht in der Begründung unter anderem: "Eine Steuererhöhung alleine wird aber nicht ausreichen, um die strukturellen Probleme der Gemeinde zu lösen. Aus diesem Grund ist eine genaue Analyse der finanziellen und strukturellen Situation der Gemeinde nötig". Im Weiteren: "Da es sich um eine sehr komplexe Sachlage handelt, erachtet es Die Mitte-Fraktion" - und wir alle haben das Postulat diskussionlos überwiesen - "als zielführend, dass unter anderem eine externe Fachperson einbezogen wird, welche die aktuelle Situation der Gemeinde aus einer Aussensicht beurteilen kann". Im jetzt vorliegenden Bericht wird lediglich der finanztechnische Aspekt erläutert. Grundlagen der Budgeterstellung, Rechnungsab-

schluss und der Aufgaben- und Finanzplan sowie der Miteinbezug und die Aufgaben der FGPK während all dieser Phasen. Auf die von uns geforderte strukturelle Analyse wird leider nicht eingegangen. Für mich entspricht der Bericht nicht unseren Vorstellungen. In unseren Augen ist es eine zu enge Betrachtungsweise. Wir bedauern es sehr, dass der Gemeinderat nicht bereit ist, die erforderlichen Schritte einzuleiten, für diese wichtige zukunftsgerichtete Analyse.

Frau Evelin Meier: Wir von der GLP möchten gerne das Votum von Christine unterstützen und bedauern es ebenfalls sehr, dass man die Möglichkeit nicht ergriffen hat, die Finanzen der Gemeinde Buchs genauer anzuschauen. Es hätte eine Transparenz schaffen können und auch vielleicht wieder ein Vertrauen herzustellen, wenn man hätte sehen können, was die Gemeinde gut macht bei den Finanzen - und das von einer externen und neutralen Stelle hätte angeschaut werden können - und wo es vielleicht noch Verbesserungspotential hat.

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Ich spreche, weil Denise Zeller Xenaki nicht hier ist. Wir haben die Situation analysiert und sind einfach der Überzeugung, dass wir namentlich mit unserem Leiter Finanzen und unserem Leiter Steuern absolut ausgewiesene Fachpersonen haben. Reto Bianchi hat darauf hingewiesen, im Namen der öffentlichen Veranstaltungen konnte man die Analysen, die fundiert erstellt worden sind, anschauen. Wir ziehen da externe Berater bei, wo wir einfach zu schwach aufgestellt sind und das Fachwissen Inhouse nicht haben. Aber hier in diesem Bereich sind wir aktuell so gut aufgestellt, dass wir keine externe Analyse brauchen, wir konnten diese selber machen. Das ist der Grund für unsere Meinung, ihr konntet es auch lesen.

Antrag

Vom Bericht des Gemeinderats sei Kenntnis zu nehmen.

Das Postulat von Denise Zeller Xenaki wird von der Kontrolle abgeschrieben.

Abstimmung

Dem Antrag wird mit 15 : 14 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zugestimmt.

Rechenschaftsbericht und Jahresrechnung 2023

Herr Beat Spiess, Präsident der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Als Präsident der FGPK darf ich dem Einwohnerrat den Rechenschaftsbericht und die Rechnung 2023 präsentieren. Gleich wie der Gemeindepräsident bin auch ich höchst unerfreut über das finanzielle Ergebnis.

- Rechenschaftsbericht 2023
- Jahresrechnung 2023
- Steuereinnahmen
- Nettoaufwand
- Jahresrechnung 2023
- Nettoinvestitionen
- Kennzahlen
- Rechnungsprüfung
- Empfehlungen der FGPK

Rechenschaftsbericht 2023

Der Rechenschaftsbericht gibt auf den ersten 65 Seiten Auskunft über die Aktivitäten der Einwohnergemeinde Buchs. Dazu gehören die Aktivitäten der Gemeindeabteilungen, Infos über Abstimmungen, Wahlen sowie auch Aktivitäten der gemeinderätlichen Kommissionen, der Schulen, Verbände und Aktivitäten im Rahmen der Gemeindeverträge. Und für Zahlenmenschen gibt es Statistiken, interessante Übersichten über die Finanzen. Ich verzichte auf das Hervorheben von besonderen Punkten. Einen Rückblick über die Höhepunkte und Tiefpunkte des vergangenen Jahres kann man der Einleitung des Gemeindepräsidenten entnehmen. Im Namen der FGPK bedanke ich mich bei allen Beteiligten für den informativen, schön gestalteten Jahresbericht.

Jahresrechnung 2023

Aus dem budgetierten Ergebnis von rund 2 Millionen Franken Minus wurde im Gesamtergebnis ein Minus von 4.7 Millionen Franken. Bereits im Vorjahr resultierte ein Fehlbetrag von Minus 1.1 Millionen Franken. Welche Einflüsse haben dazu beigetragen:

Positive Einflüsse:

Die Kreisschule Aarau - Buchs hat weniger ausgegeben als budgetiert, aber immer noch mehr als im Vorjahr. Es gab viele kleinere Posten mit Minderausgaben gegenüber dem Budget. Die konnten aber den grossen Fehlbetrag nicht kompensieren. Der Steuerertrag von den natürlichen Personen ist gestiegen, ich komme später darauf zurück.

Negative Einflüsse:

Dadurch konnte aber der massive Einbruch bei den Steuererträgen der juristischen Personen nicht kompensiert werden. Diese Einnahmen betragen Fr. 900'000.-- und sind, man höre und staune, 1.7 Millionen Franken tiefer als vom Kanton prognostiziert und von uns budgetiert. Diese Einnahmen sind weniger als die Hälfte hoch im Vergleich zur Rechnung 2022. Bei der materiellen Hilfe sind es Fr. 460'000.-- Mehrausgaben. Und die Abschreibung von Fr. 350'000.-- wegen unserem Austritt aus dem Alters- und Pflegeheim Steinfeld in Suhr.

Steuereinnahmen

Zu den Steuereinnahmen der letzten sechs Jahre: Die Ausländer, die Quellensteuer zahlen, können jetzt die Besteuerung via Steuererklärung beantragen und damit Steuern einsparen. Darum zahlen weniger Personen Quellensteuer, tragen aber jetzt dafür zu den höheren Steuereinnahmen von den natürlichen Personen bei. Darum sinkt der Anteil der Quellensteuer nach und nach.

Nettoaufwand

Der Nettoaufwand ist in verschiedene Gebiete aufgeteilt. Weitaus am meisten gibt die Gemeinde weiterhin für Bildung aus, am zweitmeisten für Soziale Sicherheit. Die Kreisschule Aarau - Buchs hat, wie bereits erwähnt, 2023 zwar weniger ausgegeben als budgetiert, aber wieder mehr als im Vorjahr. Deutlich sichtbar sind auch die Mehrkosten bei der Gesundheit und bei den Sozialen Diensten.

Nettoinvestitionen

Wir sehen im Rückblick auf die letzten sieben Rechnungen der Einwohnergemeinde, des Wasserwerkes, der Abwasserbeseitigung und der Abfallwirtschaft. Knapp eine Million Franken der Investitionen ist durch die Einwohnergemeinde getätigt worden. Von den Eigenwirtschaftsbetrieben wurde deutlich weniger investiert, insgesamt 1.7 Millionen Franken. Im Vergleich Budget - Rechnung der letzten sieben Jahre sieht man, dass die Gemeinde nur in den Jahren 2018 bis 2021 ein positives Rechnungsergebnis erzielte, in den anderen Jahren deutlich negative. Die langfristigen externen Schulden betragen Ende 2023 29 Millionen Franken, Ende 2022 waren es noch 21 Millionen Franken.

Kennzahlen

Die Nettoschuld I pro Einwohner ist mit Fr. 2'626.-- erstmals knapp über der Obergrenze des Kantons, die Fr. 2'500.-- beträgt. Die Selbstfinanzierung ist wegen dem negativen Resultat auch negativ. Der Kapitaldienstanteil beträgt schon bald 10 % (9.45 %), er berechnet sich aus Nettozinsaufwand plus Abschreibungen geteilt durch den laufenden Ertrag.

Rechnungsprüfung

Neuerdings wird dazu vom Kanton ein Bestätigungsbericht und ein Erläuterungsbericht eingefordert. Die FGPK hat erstens die Jahresrechnung 2023 der Einwohnergemeinde Buchs geprüft, und zweitens auch bei der Jahresrechnung 2023 der Kreisschule Aarau - Buchs mitgearbeitet und drittens die Abrechnungen zu den Gemeindeverträgen mit Suhr und Gränichen betreffend Regionalpolizei und Schwimmbad kontrolliert. Verpflichtungsabrechnungen hat es in diesem Jahr keine. Die Rechnungsprüfung wurde in Berichten zuhänden des Gemeinderats und kantonalen Gemeindegontrolle festgehalten und wird bis Ende Monat übermittelt. Wie die FGPK empfiehlt auch die Revisionsfirma AWB Revisionen AG dem Einwohnerrat die Genehmigung der Jahresrechnung 2023 der Einwohnergemeinde Buchs.

Danke

An dieser Stelle möchte ich im Namen der FGPK dem Gemeinderat und insbesondere der Abteilung Finanzen und ihrem Vorsteher, Patrick Bleuer, für die Unterstützung danken und die geduldige Beantwortung all unserer Fragen, herzlichen Dank.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat je einstimmig (bei 8 Anwesenden):

1. Vom Rechenschaftsbericht des Gemeinderats für das Jahr 2023 sei Kenntnis zu nehmen.
2. Die Erfolgsrechnung, die Investitionsrechnung sowie die Bilanz der Einwohnergemeinde für das Jahr 2023 seien zu genehmigen.

Diskussion

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Antrag

1. Vom Rechenschaftsbericht des Gemeinderats für das Jahr 2023 sei Kenntnis zu nehmen.
2. Die Erfolgsrechnung, die Investitionsrechnung sowie die Bilanz der Einwohnergemeinde für das Jahr 2023 seien zu genehmigen.

Abstimmung

Den Anträgen 1 und 2 wird in Einzelabstimmung je einstimmig mit 30 : 0 Stimmen zugestimmt.

Eingänge**Anfrage von Marius Fedeli, SP, betreffend Stand Umsetzung BehiG bei Bushaltestellen in Buchs**

Herr Marius Fedeli reicht folgende Anfrage ein:

An der letzten sowie heutigen Einwohnerratssitzung beschäftigten wir uns mit Strassenbauprojekten inklusive Bushaltestellen. Das Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) forderte in Art. 22, dass der öffentliche Verkehr bis Ende 2023 barrierefrei ausgestaltet ist. Diese Frist ist, wie bekannt, Ende letzten Jahres verstrichen und die Umsetzung der Barrierefreiheit lässt zu wünschen übrig. So sind erst rund 60 % der Bahnhöfe und erst rund 30 % der Bus- und Tramhaltestellen schweizweit barrierefrei ausgestaltet. Der öffentliche Verkehr stellt einen zentralen Bestandteil an der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben dar, nicht nur für Menschen mit einer Behinderung, sondern auch für Menschen die altersbedingt mobilitätseingeschränkt sind oder Mütter & Väter, die mit dem Kinderwagen unterwegs sind und viele mehr. Dazu stellen sich folgende Fragen:

- Bis wann kann mit der Umsetzung von Art. 22 BehiG bei den nachfolgenden Bushaltestellen gerechnet werden?
 - Buchs Industrie
 - Buchs Heuweg
 - Buchs Trieschweg
 - Buchs Fabrikweg
- Hat der Gemeinderat Übergangslösungen geplant zur Überbrückung des jetzigen Zustands bis hin zur Umsetzung? Falls ja, wie sind diese ausgestaltet.

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Ich nehme Stellung zu den Fragen, zuerst allgemein: Im Kanton Aargau hat es rund 1'500 Bushaltekanten an Kantonsstrassen. Der Kanton sagt, dass die Umsetzung der Barrierefreiheit aus diversen Gründen nicht realistisch bis 2023 umzusetzen war. Der Kanton hat sich entschieden, das Grobnetz zu definieren. Dieses Grobnetz beinhaltet 450 Haltekanten, die prioritär saniert werden sollen. Sie haben Kriterien festgelegt: Eine Haltestelle wird ins Grobnetz aufgenommen, wenn sie in einem Umkreis von 300 Metern mehr als 1'500 Einwohnerinnen und Einwohner bzw. Beschäftigte aufweist oder in einer Kern- oder Dorfzone liegt. Auch Kreis- und Bezirksschulen, Behinderteneinrichtungen und Altersheime haben spezielle Priorität.

In Buchs ist gestützt auf dieses Grobnetz dieses Jahr die Haltestelle des Altersheims behindertengerecht umgebaut worden. Dann ist die Haltestelle Buchs Industrie seit Herbst 2021 bereits umgesetzt. Buchs Heuweg, Buchs Trieschweg und Buchs Fabrikweg liegen in der Zuständigkeit des Kantons und sind im Moment frühestens in sechs Jahren geplant anzugehen.

Der Kanton sagt, dass wenn eine Gemeinde eine vorzeitige Sanierung einer Bushaltestelle unbedingt will, er bereit ist, einzelne vorzuziehen. Er braucht dazu einfach einen Beschluss des Gemeinderates. Wir müssen natürlich dann die Kosten von 33 % im Budget einstellen, dann setzt der Kanton das auch entsprechend um. Es ist so, dass der Gemeinderat im Moment nicht entschieden hat, ob er einen Antrag stellen möchte bezüglich Heuweg, Trieschweg und Fabrikweg, das muss er zuerst noch beraten.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Eingänge**Anfrage von Bernhard von der Crone, SP, betreffend Schulraumbedarf Suhrenmatte**

Herr Bernhard von der Crone reicht folgende Anfrage ein:

Im Aufgaben- und Finanzplan 2024 - 2027 ist der Start des Projektes "Neubau Suhrenmatte" im Jahr 2026 geplant. Laut des Berichts der Schulraumplanung KSAB aus dem Jahr 2023 ist der Anstieg der Schülerinnen und Schüler in acht Jahren Tatsache. Der neue Schulraum soll somit im Jahr 2032 bereitstehen. In Aarau sind die Projekte gestartet und sollten laut Medienmitteilung im Spätsommer 2025 vor das Volk kommen. Gemäss der Infoveranstaltung vom 27. Juni 2024 plant die Stadt Aarau nach der Ablehnung des Grossprojektes in der Telli nun so, dass es in der Suhrenmatte zusätzliche Abteilung und somit bauliche Veränderungen in Buchs braucht.

Dazu stellen sich mir folgende Fragen:

- Wann wird die Gemeinde Buchs bzgl. Neubau "Suhrenmatte" aktiv bzw. bleibt es beim Jahr 2026?
- Können wir mit einem früheren Start des Projekts Provisorien vermeiden oder allenfalls die Provisorien vom "Gysimatte" Schulhaus weiterverwenden?
- Wann wird das Projekt in der Bevölkerung bekanntgemacht?
- Wie wird in der Bevölkerung Zustimmung gefördert, damit ein allfälliger Volksentscheid zugunsten des Projekts ausfällt?

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Zur Frage 1: Für die Erweiterung der Schulanlage Suhrenmatte haben wir von der Kreisschule eine Bestellung aus dem Juni 2023, die liegt vor. Im Budget 2024 ist deshalb auch ein Betrag eingesetzt worden, ein Investitionskredit für die ersten Abklärungen. Aufgrund der verspäteten Budgetgenehmigung aber werden wir die Arbeiten im 2024 nicht mehr machen können, sie sind aber für 2025 geplant.

Zur Frage 2: Diese Frage kann losgelöst von ersten Abklärungen bzw. von einem effektiven Projekt mit einem Vorgehensplan nicht beantwortet werden zum jetzigen Zeitpunkt. Da muss zuerst eine gewisse Vorarbeit geleistet werden.

Dasselbe auch zur Frage 3: Wir können erst kommunizieren, wenn ein Projekt vorliegt, wenn wir das zeigen können, sonst macht es keinen Sinn, etwas zu kommunizieren.

Zur Frage 4: Der Gemeinderat hat die Aufgabe, die Bevölkerung zu informieren, wenn es eine Abstimmungsvorlage gibt. Dann aber sachlich, er darf nicht Partei ergreifen. Also ist es eine politische Frage im Sinn von dann sind die Parteien gefordert, sind die Einwohner gefordert, sich zu engagieren. Das ist nicht die Aufgabe des Gemeinderates. Wenn die FGPK sich engagieren möchte, wäre das auch noch eine Möglichkeit. Wir als Gemeinderat müssen sachlich und objektiv berichten, was wir bei grösseren Projekten, wo es um grössere Summen geht und das Volk darüber abstimmen darf, auch machen.

Herr Bernhard von der Crone: Du hast jetzt von 2024 gesprochen, wo hätte ich finden können, dass die Vorabklärungen bereits im 2024 hätten stattfinden sollen?

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Das müsste man im Budget sehen können.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Traktandum 7

Verschiedenes

Informationen von Herrn Gemeinderat Joel Blunier: Ich habe vor einiger Zeit schon über Zusammenarbeit der Feuerwehren Aarau - Buchs informiert, dass Gespräche über eine mögliche Zusammenarbeit geführt worden sind. Vor einem guten Jahr hat man mit den Gesprächen begonnen und jetzt gestern im Stadtrat Aarau und heute im Gemeinderat Buchs einem Projektauftrag zugestimmt, der die Zusammenarbeit der beiden Feuerwehren im Detail prüfen soll bis in einem guten Jahr. In der Folge soll ergebnisoffen dargelegt werden, welche Zusammenarbeitsformen Sinn machen. Das kann ein Ergebnis sein von Status Quo bis zu einer Zusammenlegung. Es werden alle Varianten geprüft. Man hat gemerkt, nachdem man gemeinsam die Handlungsfelder erarbeitet hat, dass Synergiepotential vorliegt. Und das wollen wir im kommenden Projekt im Detail prüfen. Wir werden da ins Budget 2025 entsprechend einen Betrag einstellen, ihr werdet es später im Budget vorfinden.

Diejenigen, die noch etwas mehr wissen möchten über die Feuerwehr, haben die Gelegenheit, am 28. Juni um 19.00 Uhr an der Bevölkerungsübung der Feuerwehr teilzunehmen im Risiacher. Es wird eine Übung durchgeführt, zu der ihr auch Kinder mitnehmen könnt, auch sie sind herzlich willkommen.

Herr Präsident Marc Jaisli: Ich habe mir notiert, dass seitens der Verwaltung oder des Gemeinderats noch etwas zur Initiative der SVP "Weg mit dem Einwohnerrat!" kommen sollte.

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Ich wollte eigentlich nichts dazu sagen, aber wenn du das wünschst, mache ich das natürlich. Ich gehe davon aus, dass du das Nichtzustandekommen der Initiative zur Abschaffung des Einwohnerrats ansprichst. Ihr habt offenbar von Seiten der Verwaltung eine falsche Information erhalten betreffend die Anzahl der Unterschriften, die es für eine Initiative zur Abschaffung des Einwohnerrats braucht. Der letzte Einwohnerrat ist in den 90er-Jahren abgeschafft worden. Das ist also keine 08/15 Standardfrage, die man ad hoc abfragen kann. Wir haben auf der Verwaltung keine Juristen beschäftigt und Tatsache ist, dass eine Information herausgegeben worden ist, die nicht korrekt war. Insgesamt kann man aber festhalten, dass nichts passiert ist. Man kann jetzt einfach weitersammeln. In einer anderen Gemeinde in der Umgebung ist ein Geschäft aufgrund einer falschen Angabe komplett gescheitert, was hier jetzt nicht der Fall ist. Also kann ich hier nur frohes Sammeln wünschen. Wir bedauern natürlich diese Auskunft. Wenn man ein so grundlegendes Geschäft wie die Gemeindeorganisation angeht, kann man von den entsprechenden Initianten auch erwarten, sich nicht nur auf die Verwaltung zu verlassen, sondern selber entsprechende Abklärungen zu tätigen. In der SVP-Fraktion gibt es mindestens zwei Juristen, wenn ihr die gefragt hättet, hätten diese sicher gerne Auskunft gegeben. Fehler können passieren, sie sind hier bei der Verwaltung, aber auch bei den Initianten passiert.

In diesem Zusammenhang ist die betreffende Abteilung massiv kritisiert worden, das angeblich verlorene Vertrauen gegenüber der Verwaltung wurde hochgespielt. Wir haben hier in Buchs keine Null-Fehler-Kultur. Es gab auch einen anderen Fall, ohne noch einmal genau darauf einzugehen, als ein Privater mit Einsprachen drangsaliert wurde, obwohl man eigentlich die Verwaltung treffen wollte. Das Verwaltungsbashing ist einfach nicht zielführend, hört doch auf damit! Die Abteilungsleitenden, die anwesend sind, können das vielleicht ertragen. Es gibt aber auch noch andere Angestellten, die das nicht gut ertragen können und auch nicht dafür angestellt sind, um solche Angriffe erdulden zu müssen. Die kommen vielleicht irgendwann einmal zum Schluss, dass sie sich das nicht anhören und nicht mehr in Buchs arbeiten wollen. Wenn ihr den Gemeinderat meint, dann greift auch den Gemeinderat an, dafür sind wir da, wir sind gewählte Politiker und Politikerinnen und müssen das in diesem Amt offenbar auch ertragen. Aber

lasst unsere Verwaltung in Ruhe. Der Gemeinderat hat das Thema heute noch einmal diskutiert, wir stehen 100 % zu unseren Mitarbeitenden. Es wird grundsätzlich eine ausgezeichnete Arbeit geleistet. Das war ein kleiner Apell des Gemeindepräsidenten und Personalchefs.

Herr Präsident Marc Jaisli: Vielen Dank, Urs Affolter, für deine sehr klaren und verständlichen Worte.

Herr Samuel Hasler: Ich möchte so kurz und sachlich wie möglich meine Sichtweise darstellen. Ich war in den Ferien und habe ein E-Mail mit der Information erhalten, dass die Initiative doch nicht zustande gekommen ist. Natürlich habe ich mich darüber aufgeregt, das ist ja verständlich. Ich habe mich ja auf die Information der Verwaltung verlassen. Wie ich aber schon sehr oft in diesem Rat gesagt habe, nobody is perfect, jeder macht Fehler. Aber zu den Fehlern zu stehen und sich entschuldigen, gehört zur Fehlerkultur. Aber weder in diesem Schreiben, noch in der Medienmitteilung, gab es eine Entschuldigung. Mir ist grundsätzlich egal, ob die Verwaltung oder der Gemeinderat, aber eine Entschuldigung wäre angesagt gewesen und nicht jetzt den schwarzen Peter weiterzuschieben.

Einwohnerratsausflug

Der Einwohnerratsausflug findet am 7. September 2024 statt. Weitere Informationen folgen.

Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, 17. Oktober 2024 um 19.00 Uhr statt.

Dank

Der Präsident dankt allen, die für das Gelingen der Sitzung verantwortlich waren.

Herr Reto Bianchi: 30 Personen sind wir hier und im Systembau war es unbestritten, man könnte fast sagen, dass ein Speedvoting stattgefunden hat. Bei der Strasse wurde es dann ein bisschen zäher. Die Leitung ist 100 Jahre alt im Boden, da kann es auch etwas zäher werden. Aber ich habe gehört: Flüsterbelag, mehr Bäume, Schutzstreifen für Velofahrer/innen, Wartehäuschen, Stromsparen - eine Aufwertung, aufwerten der Strasse, das klingt doch gut, oder eher wahnwitzig? Wahnwitzig, ein Wort, das im Duden zu finden ist und, was ich nicht vermutet habe. Es wird als gefährliches Verhalten, als wahnsinniges Verhalten beschrieben. Das ist es nicht, es ist ein Projekt in die Zukunft. In der Familienbetreuung, das habe ich herausgehört, könnte es ein bisschen mehr sein. Vor allem von zwei Votantinnen habe ich es gehört, Arbeiten muss sich lohnen für Familien. Und wenn sich Arbeiten lohnt, lohnt sich auch der Ertrag in der Steuercasse. Wir haben das Postulat von Denise entgegengenommen. Für die einen war es zu wenig klar, ging zu wenig weit. Aber ich glaube, wir haben ein gutes Instrument mit der FGPK in der Hand, um zu steuern. Beim Rechenschaftsbericht haben wir Spiel aufgenommen, da sind wir so schnell durchgegangen wie sonst noch nie. Und am Schluss sage ich noch "äxgüsi, i be fertig".

5033 Buchs AG, 18. Juni 2024

Einwohnerrat Buchs AG

Der Präsident

Die Protokollführerin

Marc Jaisli

Andrea von Känel Briner